

Vorlage Nr.: 2024/1250

Verantwortlich: **Dez. 3**

Dienststelle: **SJB**

## „Wohnen für Hilfe“ ausbauen Anfrage: GRÜNE

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Gemeinderat	17.12.2024	43	Ö	Kenntnisnahme

- 1. Ist nach Sicht der Verwaltung eine Erweiterung des Angebots „Wohnen für Hilfe“ um nicht-studentische Mieter\*innen sinnvoll (z.B. Azubis, Alleinstehende, Asylbewerber\*innen, Praktikant\*innen, FSJ-ler\*innen, ältere aktive Personen)?**

Die Verwaltung erachtet eine Erweiterung des Angebots „Wohnen für Hilfe“ um nichtstudentische Mieter\*innen als sinnvoll. Dabei sollten insbesondere Personen in den Fokus genommen werden, die vorübergehend im Rahmen einer beruflichen Orientierung eine Wohnung suchen, wie beispielsweise Azubis, Praktikant\*innen, FSJ-ler\*innen. Dies hat Herr Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup auf Anfrage auch den Paritätischen Sozialdiensten gGmbH Karlsruhe mit Schreiben vom 5. Februar 2024 mitgeteilt.

- 2. Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung in einer intensiveren Bewerbung von „Wohnen für Hilfe“, um mehr Vermieter\*innen zu gewinnen?**

Eine intensivere Bewerbung des Angebots mit dem Ziel, mehr Vermieter\*innen zu gewinnen, ist mit Blick auf eine Ausweitung des Angebots zielführend. Neben der bereits durchgeführten Öffentlichkeitsarbeit kann dies verstärkt bei persönlichen Beratungsgesprächen erfolgen, beispielsweise im Zuge der präventiven Hausbesuche oder in den Beratungsgesprächen des Pflegestützpunktes und des Seniorenbüros. Darüber hinaus soll das Projekt bei einem Workshop am 28. Februar 2025 im Nachgang zum sozialökologischen Symposium zum Thema Wohnen besprochen werden. Vor dem Hintergrund der Haushaltslage sieht die Verwaltung jedoch keine Möglichkeiten, durch städtische Finanzmittel eine Bewerbung zu intensivieren.

- 3. Wie beurteilt die Verwaltung die Ausweitung des Angebots für Vermieter\*innen um Familien, die z.B. begrenzte Hilfe im Garten oder bei der Kinderbetreuung benötigen?**

Das Angebot „Wohnen für Hilfe“ ist ein erfolgreiches und bewährtes Angebot, das in der bestehenden Form die soziale Landschaft in Karlsruhe bereichert. Daher wäre aus Sicht der Verwaltung auch eine Ausweitung des Angebots für Vermieter\*innen um die Zielgruppe der Familien sinnvoll.

- 4. Welche Ressourcen und welche Kooperationspartner\*innen würden für diese Erweiterungen benötigt werden?**

Eine Erweiterung des Angebots „Wohnen für Hilfe“ würde eine Erhöhung der Personal- und Sachkosten mit sich bringen. Nach Rücksprache mit dem Träger des Angebotes handelt es sich hierbei um jährliche Zusatzkosten in Höhe von 3.000 €. Mögliche Kooperationspartner\*innen für eine Zielgruppenerweiterung könnten die Industrie- und Handelskammer, die Handwerkskammer, die Beratungsstellen der Wohlfahrtsverbände, die Abteilung „Aufwachsen und Älter werden“, die Freiwilligendienste DRS gGmbH und weitere sein.

5. Hält die Verwaltung eine Ausweitung des Angebots in einen Bereich des Landkreises hinein, der noch zu definieren wäre, für sinnvoll?

Auch jetzt schon gibt es Vermietungsangebote aus dem Landkreis bei „Wohnen für Hilfe“. Eine gezielte Ausweitung des Angebots in den Landkreis hinein bedarf zunächst der Abstimmung mit dem Träger des Angebotes, mit dem Landkreis und gegebenenfalls weiteren Akteuren.